

# Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

**3. Februar 2015**

**Ausgabe 02/2015**



## GdP im Gespräch mit CSU-Spitze

GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr und seine Stellvertreter Peter Schall und Karin Peintinger waren Ende Januar zu Gesprächen mit der CSU-Landtagsfraktion eingeladen, um auf aktuelle Probleme innerhalb der Bayerischen Polizei hinzuweisen und um Unterstützung für diverse GdP-Positionen zu werben. Zunächst fand ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer statt, bei dem auch einige der führenden CSU-Innenpolitiker anwesend waren. Die Tarifvorsitzende Karin Peintinger mahnte die katastrophale Situation bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, vor allem hinsichtlich fehlender Stellenhebungen, an. Sie wies auf umfangreiche Stellenhebungsanträge der GdP hin, die allen Fraktionen zugegangen seien.

Mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Dr. Florian Herrmann, und weiteren MdL der CSU fand dann am folgenden Tag ein „Blaulicht-Frühstück“ statt, bei dem die am Vortag besprochenen Themen noch einmal vertieft wurden. Wichtige Besprechungspunkte waren die momentanen Brennpunkte innerhalb der Bayerischen Polizei: die Beförderungsproblematik PHM/Z sowie das Thema Arbeitszeit, bei der eine Arbeitsgruppe im Innenministerium derzeit versucht, das bayerische Schichtgruppenmodell mit den Arbeitszeitvorgaben der EU in Einklang zu bringen. Beide Themen wühlen derzeit die Kollegenschaft auf. Groß ist die Verunsicherung, dass neben dem Wegfall der Mindestaltersgrenze auch das altbewährte Schichtmodell keinen weiteren Bestand haben könnte. Dies hätte deutliche Auswirkungen auf viele Kolleginnen und Kollegen, was die Debatte

sehr emotional macht. Die GdP berichtete sowohl dem Fraktionsvorsitzenden als auch den Innenpolitikern von der schwierigen Aufgabe der AG im StMI und machte zudem in dieser Runde deutlich, was die GdP vom Innenminister als auch von der



**V.l.: MdL Otto Lederer, MdL Dr. Hans Reichhart, MdL Max Gibis, MdL Dr. Florian Herrmann, Sabine Kahle-Sander, Thomas Bentele, Marcel Roppel, Peter Schall, LV Helmut Bahr, Michael Bogatzki, Christiane Kern**

CSU-Landtagsfraktion erwartet: Keine vorschnelle Abkehr vom bisherigen Schichtmodell, ohne die Kolleginnen und Kollegen in einen echten Entscheidungsprozess ohne Denkverbote und Zielvorgaben mit aufgenommen zu haben. Die CSU signalisierte hier Unterstützung, im Rahmen der Arbeitsgruppe einen Kompromiss zu finden, der von allen Seiten getragen wird.

Was die Beförderungsproblematik betrifft, so beschrieb die GdP die weit reichende Unzufriedenheit in der Kollegenschaft, die durch den Wegfall der Mindestaltersgrenze vorherrscht. Die GdP zeigte aus ihrer Sicht den MdL nochmal verschiedene mögliche Lösungswege auf, entgegen denen der Innenminister die nun praktizierte Regelung eingeführt hat. Die GdP hat der CSU nochmal verdeutlicht, dass in ihren Augen Dienstenerfahrung und Lebensalter nach wie vor eine größere Rolle einnehmen müssen.

Die nach dem Attentat in Paris genehmigten 100 Stellen für



**V.l.: Karin Peintinger, LV Helmut Bahr, Peter Schall, Wolfgang Ligotzky, Sabine Kahle-Sander, Alexander Hüttinger, MdL Dr. Florian Herrmann, Vorsitzender des Innenausschusses, MdL Thomas Kreuzer, CSU-Fraktionsvorsitzender, MdL Ingrid Heckner, Vorsitzende des Ausschusses öffentlicher Dienst**

### GdP im Gespräch mit CSU-Spitze

die Polizei bezeichnete die GdP als unzureichend, um die umfassenden Überwachungsmaßnahmen für potentielle Täter zu gewährleisten. Beim Thema Vorratsdatenspeicherung tauschte man sich eingehend aus, wobei sowohl CSU als auch GdP eine zielorientierten Datenerfassung unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten für notwendig und richtig erachten. Die GdP machte zudem deutlich, dass die Polizeidienststellen an der Basis, hinsichtlich Personalsituation und Sachausstattung nicht vergessen werden dürfen.

Eine Petition wegen der auch von der GdP abgelehnten Trennung von Dienst- und Fachaufsicht bei der Wasserschutzpolizei wurde kürzlich im Innenausschuss abgelehnt. Dies wurde uns unter Hinweis auf gut informierte Kreise innerhalb der Polizei, mitgeteilt. Unseren Bemühungen, die letztes Jahr in einer WSP-Fachtagung auf dem Brombachsee gipfelten, werden weitere Gespräche folgen.

Die GdP-Landesfrauenvorsitzende Christiane Kern berichtete MdL Dr. Herrmann von der Situation der Frauen in der Bayeri-

schen Polizei, wobei sie konkret auf das Thema geschlechterspezifische Beurteilung hinwies, das bereits im Innenausschuss thematisiert wurde. Eine Studie belegt, dass Frauen bei gleicher Eignung tendenziell schlechter beurteilt werden als Männer. Hier gilt es entschlossen entgegen zu treten und insbesondere Führungskräfte hinsichtlich ihrer Verantwortung zu sensibilisieren.

Zur Erfüllung ihrer originären Aufgaben sei eine generelle Entbindung der Gleichstellungsbeauftragten von ihren ursprünglichen Tätigkeiten unerlässlich. Das Gleichstellungsgesetz lasse hier viel Interpretationsspielraum zu. Christiane Kern bat Dr. Herrmann, den Ermessensspielraum hier zu Gunsten derjenigen Kolleginnen und Kollegen voll auszuschöpfen, die bereit sind diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen.

Als Resümee lässt sich feststellen, dass kontinuierliche Gespräche mit allen Fraktionen unerlässlich sind, um Fehlinterpretationen zu vermeiden und zur Aufklärung gewisser Sachverhalte beizutragen. Im konkreten Fall hatten wir durchaus den Eindruck, dass man Verständnis für die Anliegen unserer Polizei hat.

### USK-Kräfte der Bereitschaftspolizei bei Dr. Herrmann im Bayer. Landtag

Auf Initiative des GdP-Landesvorsitzenden Helmut Bahr besuchten USK-Kräfte der BePo-Abteilungen Dachau, Nürnberg und Würzburg, den Vorsitzenden des Innenausschusses im Bayer. Landtag, Dr. Florian Herrmann zu einem Meinungsaustausch.

derzeitigen und unmittelbar bevorstehenden Verwirklichung der Neukonzeption der Einsatz- und Schutzbekleidung der übrigen BePo-Einheiten in Bayern, auch die Einsatz- und Schutzausstattung der USK-Einheiten umgehend zu modernisieren. „Das



LV Helmut Bahr begrüßt die USK-Einheiten der BPA Dachau, Nürnberg und Würzburg

Engagiert berichteten sie ihm und einigen seiner CSU-Kollegen von ihrem schwierigen und nicht immer vorhersehbaren Arbeitsalltag. Für die GdP nahmen außerdem Ralph Küttenbaum von der KG Bepo Würzburg, Landesredakteur Tom Bentele und Markus Wimmer von der GdP-Landesgeschäftsstelle an dem Treffen teil.

Nach kurzen einleitenden Erläuterungen der jeweiligen Kommandoführer diskutierten die etwa 25 USK-Kräfte darüber, wie die Politik sich konkret für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen könne.

Der Vorsitzende der GdP Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, seit letzten November auch Mitglied des GdP-Bundesvorstands, machte sich dafür stark, im Rahmen der

„Das Geld ist da!“ erwiderte der ebenfalls anwesende CSU-Sprecher für Polizeifragen, Manfred Ländner.

Die Angehörigen der Kommandos erzählten, dass mit den derzeit montäglichen Demonstrationen in Leipzig oder Dresden und den nun wieder startenden Fußballwochenenden kaum ein Wochenende planbar bleibt. Die einzige planbare freie Zeit sei für die Kollegen ihr Urlaub, was ein ausgefülltes Sozial- und Familienleben sehr schwer macht. Hier müssten dringend die Rahmenbedingungen verbessert werden, um nach wie vor die besten Kräfte zu den

Kommandos zu lotsen. Dies bereite unter den derzeitigen Umständen durchaus Kopfzerbrechen.

Die Kollegen berichteten weiterhin, dass sie als speziell ausgebildete Zugriffseinheiten und damit quasi polizeiinterne „Feuerwehr“ stets im besonders kritischen Auge der Öffentlichkeit stünden, was zur Verunsicherung vieler Kollegen führe. Vorschnelle Gegenanzeigen des polizeilichen Gegenübers und nicht immer objektive Berichterstattung der Medien machen die ohnehin konfliktreiche Tätigkeit nicht leichter. Von der Politik erhoffe man sich hier öfter als bisher klare Rückendeckung bei Gewalt gegen Polizeibeamte und eine klare Distanzierung von Vorverurteilungen bei entsprechend kritischen Einsätzen.

Clemens Murr, auch für die Bereitschaftspolizeien aller Länder

### USK-Kräfte der Bereitschaftspolizei bei Dr. Herrmann im Bayer. Landtag



und der Bundespolizei verantwortliches Bundesvorstandsmitglied der GdP, sprach ein weiteres, nicht nur, aber auch die USK betreffendes akutes Problem an: „Die finanziellen Zuwendungen an die Bereitschaftspolizei durch den Bund sind völlig unzureichend!“ Bei einem Etat von knapp über 12 Mio. € für die Bereitschaftspolizeien in der gesamten Republik bei gleichzeitiger Verwendung etwa der Hälfte dieser Summe für die Neubeschaffung von Wasserwerfern bleibt für die dringend benötigte Sachausstattung, beispielsweise für Halbgruppenfahrzeuge, kaum Luft. Die Länder müssen hier finanzielle Löcher stopfen, die aufgrund vertraglicher Verpflichtungen gar nicht existieren dürften. Dr. Herrmann bedankte sich ausdrücklich bei der GdP für die Berichte der USK-Kräfte und sicherte seine Unterstützung bei den Forderungen der GdP hinsichtlich der Schutzausstattung zu.

Übrigens: durch eine schriftliche Initiative der Bayerischen GdP vom 20.08.2014 konnte erreicht werden, dass sich Bayern politisch dafür einsetzt, den Bund bei der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien weiterhin in die Pflicht zu nehmen.

Minister Herrmann im Antwortschreiben vom 07.10.2014 an die GdP:

„... Ich stimme mit Ihnen überein, dass die Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland und auch des Freistaates Bayern sind. Nur mit gut qualifizierten und entsprechend ausgestatteten Bereitschaftspolizeien kann die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gerade bei Großveranstaltungen gewährleistet werden ....

Zusammen mit meinen Länderkollegen haben wir ... eine Arbeitsgruppe auf Ebene der Staatssekretäre eingerichtet, die gerade auch die Thematik der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien durch den Bund erörtern ... soll. Bereits daran können Sie ersehen, welchen wichtigen Stellenwert diese Finanzierungs-/Ausstattungsproblematik bei uns einnimmt.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir nichts unversucht lassen, um den Bund auch weiterhin hinsichtlich der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien in die Pflicht zu nehmen.“

Herr Minister, wir nehmen Sie beim Wort!

Von Clemens Murr, Vorsitzender BG Bereitschaftspolizei

### Viel Arbeit und kaum Perspektiven - JHV der KG Würzburg

Enorme Probleme mit der geänderten Beförderungsrichtlinie, vorhandener Personalbedarf und der Blick auf ein arbeitsreiches Jahr 2015 beschäftigt die Würzburger Polizeibeamten. Während der Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurden außerdem Mitglieder für ihre langjährige Treue geehrt.

Vor zahlreichen Mitgliedern trug der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Würzburg, Christian Schulz, seinen Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr vor. Neben gesellschaftlichen Aktivitäten standen auch wieder gewerkschaftliche Themen im Vordergrund: „Hohe Personalzuteilungen für den Würzburger Bereich lassen sich zwar politisch gut verkaufen, man darf jedoch nicht außer Acht lassen, dass hierbei zunächst die Fehlbestände der letzten Jahre ausgeglichen wurden“, so Schulz. „Rechnet man noch bevorstehenden Pensionsabgänge ab, bleibt unter dem Strich nicht mehr viel übrig“. „Vermehrt werden Sonderaufgaben zusätzlich zum bestehenden Regeldienst geleistet, wie zum Beispiel das zunehmende Demonstrationsgeschehen in der Stadt, Einsätze zum Schutz vor Wohnungseinbrechern oder die erhöhten Anforderungen bei lokalen Fußballereinsätzen - dies bringt die

Polizeibeamten zeitweise an die Grenzen ihrer Belastbarkeit“, betonte der GdP-Vorsitzende. Daher besteht gerade für den Würzburger Bereich weiterhin ein großer Personalbedarf, welcher auf der GdP-Wunschliste ganz oben steht. „Das Jahr 2015 stellt uns auf große Herausforderungen, denn auch beim G-7-Gipfel in Elmau werden etliche Würzburger Polizisten im Einsatz sein“, berichtete Christian Schulz.



**v.l.: Bezirksgruppenvorsitzender Holger Zimmermann, Bernhard Huth (40 Jahre Mitgliedschaft), Robert Feustel (40 Jahre), Dieter Schuster (50 Jahre), Maria Arnold (30 Jahre), Sebastian Zinke (10 Jahre), Evelyne Klüglein (30 Jahre), Klaus Brand (30 Jahre) und Kreisgruppenvorsitzender Christian Schulz; Foto: Christian Kess**

Polizeibeamten zeitweise an die Grenzen ihrer Belastbarkeit“, betonte der GdP-Vorsitzende. Daher besteht gerade für den Würzburger Bereich weiterhin ein großer Personalbedarf, welcher auf der GdP-Wunschliste ganz oben steht. „Das Jahr 2015 stellt uns auf große Herausforderungen, denn auch beim G-7-Gipfel in Elmau werden etliche Würzburger Polizisten im Einsatz sein“, berichtete Christian Schulz.

Der unterfränkische GdP-Chef, Holger Zimmermann, berichtete als Gast über aktuelle Themen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit. Heftige Kritik gab es an den geänderten Beförderungsrichtlinien. „Erfahrene Polizeihauptmeister/innen sind das Rückrat unserer bayerischen Polizei“, so Zimmermann. „Durch die aufgrund einer völlig praxisfremden Rechtsprechung geänderten Beförderungspraxis stehen diese nun plötzlich in einem riesigen Beförderungsstau mit bayernweit über 3000 Kollegen.“ Die GdP fordert dringend zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten. „Andernfalls bedeutet dies für viele Polizisten vor allem an der Basis die Perspektivlosigkeit, wenn nicht sogar das Ende

der Karriere“ mahnte Zimmermann. Das Problem weitet sich bis in die 3. Qualifikationsebene (ehemals gehobener Dienst) aus - denn auch hier müsse endlich mehr getan werden. Für die Kommissare müssen dringend schnellere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, damit sich für diese Laufbahn weiterhin geeignete Bewerber finden, so die Forderung der GdP.

Am Ende der Jahreshauptversammlung wurden zahlreiche GdP-Mitglieder für ihre Treue geehrt. Aus den Händen der beiden Vorsitzenden Schulz und Zimmermann erhielten die Jubilare Urkunden, Ehrennadeln und Präsente. Auf 50 Jahre Mitgliedschaft brachte es Dieter Schuster.

Der 72-jährige ehemalige Ermittlungsbeamte der Polizeiinspektion Würzburg-Ost war für die GdP außerdem lange Jahre als Seniorensprecher der Kreisgruppe Würzburg aktiv und übte bis zum Jahre 2014 das Amt des stellvertretenden Landesseniorenvorsitzenden der GdP Bayern aus.

### Sicherheitsbehörden besser ausstatten - GdP-Bundesvorsitzender: Bundeskanzlerin hat Handlungsbedarf treffend beschrieben

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt den Appell von Bundeskanzlerin Angela Merkel, den Sicherheitsbehörden die personelle und finanzielle Ausstattung zu verschaffen, die sie benötigen, um die innere Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten, wie die Gewerkschaft der Polizei seit langem fordert.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Wir hoffen, dass die Botschaft der Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung bei den Landesregierungen ankommt, die nach wie vor den Personal-

abbau bei der Polizei vorantreiben. Auch sollten die Worte der Regierungschefin den Streit um die Vorratsdatenspeicherung in der Koalition endlich beenden. Bundeskanzlerin Merkel hat den Handlungsbedarf treffend beschrieben.“

Die Bundeskanzlerin hat an die EU-Kommission appelliert, die angekündigte Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung zügig vorzulegen, um sie anschließend auch in deutsches Recht umzusetzen.

### Jahreshauptversammlung GdP Kreisgruppe Deggendorf

Über 50 Kolleginnen und Kollegen konnte der Kreis- und Bezirksgruppenvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Andreas Holzhausen mit seiner Vorstandschaft im Kolpinghaus Deggendorf zur Jahreshauptversammlung am 15.01.2015 begrüßen. Unter den geladenen Gästen waren unter anderem der Polizeipräsident von Niederbayern, Herr Josef Rückl, der 2. Bürgermeister der Stadt Deggendorf, Herr Günther Pammer, sowie die beiden Plattlinger Stadträte Max Thoma und Manfred Krämer. Ergänzt wurden die Ehrengäste mit dem Dienststellenleiter der Polizeiinspektion Deggendorf, Herrn Stephan Seiler und dem Dienststellenleiter der Verkehrspolizeiinspektion Deggendorf, Herrn Albert Weidinger.

Als Hauptredner konnte der Polizeivizepräsident von Niederbay-

ern Herr Anton Scherl über sein Projekt „Neue Dienstkleidung der Bayerischen Polizei“ gewonnen werden.

In einem kurzen Überblick ließ Holzhausen das Jahr Revue passieren und gab eine Vorschau auf 2015. Gewerkschaftliche Dauerbrenner, wie die Personalzuteilungen und die anstehenden T-VL Verhandlungen, rundeten seinen Bericht ab. Nach dem Kassenbericht vermittelte Herr Scherl als Hauptredner eindrucksvoll den aktuellen Stand der Beschaffung der neuen Dienstkleidung und der kurz bevorstehenden Festlegung der Farbe für die zukünftige Uniform. Diese wird erst nach einer anstehenden bayernweiten Befragung der uniformierten Kolleginnen und Kollegen durch den bayer. Innenminister, Herrn Joachim Herrmann, entschieden. Die GdP ist guter Dinge, dass die neue Uniform

ein Gewinn für die uniformierten Einsatzkräfte sein wird. Für langjährige Mitgliedschaft wurden geehrt:

10 Jahre: Herr Günter Freimuth, Herr Ulrich Siller, Frau Maria Weinberger

20 Jahre: Frau Elke Preiss, Frau Nicole Kraus

30 Jahre: Frau Eva Simmel, Herr Erich Scheibenzuber, Herr Fritz Achatz

40 Jahre: Frau Hannelore Madl, Frau Heidi Davidovic, Herr Günter Müller.



**V.l.:** Andreas Holzhausen, Josef Rückl, Günter Freimuth, Erich Scheibenzuber, Heidi Davidovic, Hannelore Madl, Günther Pammer, Elke Preiss, Anton Scherl

### Staatsregierung beschließt Fünf-Punkte-Programm zum Schutz vor Terrorismus

Auf Vorschlag von Innenminister Joachim Herrmann hat der Ministerrat am 13. Januar 2015 ein Fünf-Punkte-Programm zur verbesserten Bekämpfung von internationalem Terrorismus verabschiedet:

**Stärkung der Sicherheitsbehörden:** Um zusätzliche Überwachungsmaßnahmen, eine verstärkte Observation gewaltbereiter Islamisten und die Aufdeckung terroristischer Netzwerke mitsamt ihren Kommunikationswegen und Geldflüssen zu gewährleisten, werden 100 zusätzliche Stellen für die bayerischen Sicherheitsbehörden und die dafür erforderliche Sachausstattung geschaffen.

Eine **Verschärfung des Straf- und Sicherheitsrecht** soll ermöglichen, dass die Ausbildung von Terroristen sowie die Anwerbung von Finanzmitteln für den Terrorismus unter Strafe gestellt werden. Des Weiteren soll die Strafbarkeit der sogenannten Sympathiewerbung wieder eingeführt werden sowie die Mindestspeicherfrist von Telekommunikationsverbindungsdaten.

**Intensivierung polizeilicher Maßnahmen:** Der Informationsaustausch der Staatsschutzdienststellen soll verbessert und entsprechende Datenbankabfragen mit Bezug auf die Pariser Attentate ermöglicht werden. Zudem soll eine Kontaktaufnahme zu Medienhäusern oder religiösen Einrichtungen erfolgen, die möglicherweise gefährdet sind und geschützt werden müssen.

Eine neu eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe soll die bereits bestehenden **Präventionsprojekte weiterentwickeln** und miteinander vernetzen.

Es wird eine **Intensivierung des Dialogs** und Austauschs mit den Muslimen in Bayern angestrebt.

# JETZT BUCHEN UND **FRÜHBUCHER-** **RABATTE** SICHERN!



GdP Service GmbH

**Jetzt schon an den Sommer denken** und mit uns Euren ganz persönlichen Urlaubstraum planen – sonnige Reisen zu Traumstränden, in tolle Wellness-Oasen oder aufregende Städte. Mit **satten Frühbucher-rabatten und sensationellen Ersparnissen**. GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten außerdem einen **5 % Reisekostenzuschuss** bei Buchungen über unser Reisebüro „gdpservice-touristik“ auf:

- alle Pauschalreisen • Kreuzfahrten • Ferienwohnungen und Hotels mit Selbstanreise • Kultur- und Studienreisen • Reiseversicherungen
- Sonderangebote

[www.gdp-service-touristik.de](http://www.gdp-service-touristik.de)

Hotline: 089/57838824

